Die Einheitsschule

Von J. Tews

Herausgegeben und verlegt von der Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche und wirtschaftliche Bildung, Berlin W 35

Preis 25 Pfennig

Dieser Vortrag wurde auf Veranlassung der Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche und wirtschaftliche Bildung, Berlin, in der Singakademie zu Berlin, am Sonntag, dem 17. November 1918, gehalten.

Bisher erschienen:

D. Friedrich Naumann
M. d. R.

Der Weg zum Volksstaat

J. Giesberts
Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt

Neudeutscher Parlamentarismus

Preis je 25 Pfennig.
Die Sammlung wird fortgesetzt.

Mir ist die Aufgabe gestellt, über die deutsche Einheitsschule zu Ihnen zu sprechen. Daß der Gegenstand zeitgemäß ist, bedarf keiner weiteren Erörterung. Sie haben alle gelesen, daß sowohl die preußische, als auch die bayerische Regierung, die zurzeit bestehen, sich für die Einheitsschule ausgesprochen haben. Es ist auch selbstverständlich, daß in einer Zeit, in der alles sich neugestalten will, die Blicke in erster Linie auf die Schule sich richten. Denn wenn Neues festen Fuß fassen soll, so muß es durch Erziehung in seinem Sinne gefestigt werden. Es gibt tatsächlich auch kein Staatswesen, das nicht ein ihm entsprechendes Erziehungswesen hat. Auch unser deutsches und preußisches Schul- und Erziehungswesen, das wir bis heute gehabt haben, stimmte mit dem Staate und seinen Grundlagen bis auf den letzten Punkt überein.

Es ist nicht meine Aufgabe und würde auch zu weit führen, diese Übereinstimmung Ihnen hier darzulegen; aber sie ist in der Tat in allen Einzelheiten vorhanden, und jedesmal, wenn bei uns der Versuch gemacht worden ist, den Staat neu aufzubauen, hat man auch den Versuch gemacht, das Erziehungswesen neu zu gestalten und neu zu begründen. Vor hundert Jahren, als nach dem großen Niederbruch Preußens der neue Staat geschaffen werden sollte, da sprach der größte deutsche Staatserzieher, Fichte, über die neue Nationalerziehung. Einiges, nicht viel davon, ist in unsere öffentliche Erziehung eingedrungen. Und vor siebzig Jahren, als man wieder daran ging, den Staat zu erneuern, auch damals haben die besten Köpfe sich um die Verwirklichung ihrer Wünsche und Forderungen bemüht. Aber geschehen ist so gut wie nichts. In einer Zeit wie der heutigen aber wird in wenigen Tagen verwirklicht, wozu man sonst Jahrzehnte gebraucht, und ich bin überzeugt, wenn wir in unsere Regierung die Männer hineinbekommen, die das Verständnis und den guten Willen haben, so werden sie die Forderungen eines Fichte in ganz kurzer Zeit verwirklichen können. Denn das möchte ich an die Spitze meines Vortrags stellen: es sind nicht die Gründe, die dagegen sprechen – es ist der Wille, der dem entgegensteht. Ich habe in der Beziehung Erfahrungen; über den Gegenstand, über den ich zu Ihnen heute spreche, habe ich oft gesprochen, und ich habe immer und immer wieder den Eindruck gehabt, daß mir gegenüber nicht die bessere Erkenntnis stand, sondern der Wille, das nicht zu erfüllen, was ich forderte.

Wenn ich vor Ihnen hier eine Forderung auf Umgestaltung des deutschen Schulwesens entwickele, so verlangt die Gerechtigkeit, zu betonen, daß unser Schulwesen in vielen Beziehungen nicht schlecht ist. In unserer Schule ist tüchtig gelehrt und tüchtig gelernt worden, sie ist vielfach besser als die Schulen des Auslandes. Was unserer Schule hauptsächlich gefehlt hat, das war, daß sie nicht in einem zeitgemäßem Staat stand, daß sie infolgedessen genau so sein mußte, wie das überholte und überlebte Staatswesen. Unsere Schulen sind ein getreues Abbild des bisherigen Staates; wenn Sie wollen, können Sie sagen: sie sind ein getreues

Abbild des preußischen Dreiklassenwahlrechts. Wir hatten in Preußen auch ein „allgemeines" Wahlrecht, aber es war sehr – ungleich. Wir haben in Preußen auch bisher allgemeine Bildungs-, Erziehungs- und Schuleinrichtungen gehabt. Jedes Kind hatte seine Schule, aber teilweise war sie auch danach, und wenn Sie sich das Schulwesen daraufhin ansehen, werden Sie zugeben: es stimmte tatsächlich in Bezug auf seine Leistungen, auf seine Ergebnisse und auf seine Berechtigungen mit dem preußischen Wahlrecht überein, bei dem 700 oder auch 1000 in der dritten Klasse soviel Wahlrecht hatten, als zehn in der zweiten und einer in der ersten Klasse. Der Hauptschaden unseres Schulwesens, durch den es bei all seiner Tüchtigkeit unserem Volk und unserem Vaterlande nicht das leisten konnte, was es unter anderen Umständen geleistet haben würde, waren die Trennungen und Scheidungen und die Ungleichheiten in sozialer und auch in konfessioneller Beziehung. Sie gehen durch unser ganzes Schulwesen. Himmelhohe Mauern sind zwischen den einzelnen Gruppen des Schulwesens, zwischen den Volks-, Mittel- und höheren Schulen aufgerichtet, über die hinweg nur sehr wenige können; der Anschluß an die höheren Stufen des Bildungswesens fehlt dem Volksschulwesen nahezu ganz.

Ich kann mir sehr wohl denken, daß ein solches Schulwesen auf einer gewissen Bildungs- und Entwicklungsstufe von der Bevölkerung nicht als drückend empfunden wird. Wo eine hochgebildete Oberschicht über einer ungebildeten Volksmasse steht, ist es ja selbstverständlich, daß, wenn für die Volksmassen überhaupt Schulen da sind, ein schroffer Unterschied in den Schuleinrichtungen besteht. Aber die deutsche Volksschule ist 200, teilweise 300 Jahre alt, sie hat in unserem Volke gearbeitet, sie hat in den letzten Jahrzehnten auch unter wirtschaftlich günstigen Verhältnissen gearbeitet; wir haben dadurch in unseren breiten Volksschichten eine Bildung, in der jedermann den großen rechtlichen Abstand und die großen Trennungen als ungehörig empfindet. Je näher sich die einzelnen Volksschichten in Bildung, Gesittung und Wohlhabenheit rücken, um so schärfer und härter empfinden sie derartige Ungleichheiten. Wir haben uns in den letzten Jahrzehnten der Volkseinheit, der wirtschaftlichen wie der kulturellen, sehr stark angenähert, aber die Folgerungen daraus auf dem Gebiete des Schulwesens haben wir nicht gezogen.

Denken Sie z. B. an folgenden Fall: ein Volksschüler besucht acht Jahre lang eine unserer allerbesten Volksschulen. Er ist vielleicht der allerbeste Schüler seiner ganzen Anstalt, er hat in diesen acht Jahren sich ein recht tüchtiges Wissen auf all den Gebieten angeeignet, die in der Volksschule gelehrt werden, und bei seinem Austritt aus der Schule im Alter von vierzehn Jahren möchte er eine höhere Lehranstalt besuchen. Man weist ihn und muß ihn weisen in die Sexta zu den neunjährigen kleinen Jungen, die eben die Elemente gelernt haben. Mit diesen zusammen soll der Vierzehnjährige nun aufsteigen, er soll fünf Jahre seines Lebens ins Wasser werfen, er kann nach der jetzigen Verfassung unseres höheren Schulwesens mit 23 Jahren die Reifeprüfung bestehen. Unsere höheren Schulen nehmen von alledem, was in fünf Jahren in der Volksschule Tüchtiges gelernt worden ist, überhaupt keine Notiz. Der Junge kann kein Latein oder kann kein Französisch, wenn in der Sexta Französisch gelehrt wird, darum muß er in die Sexta. Höhere Schulen, die reifere Kinder auf Grund ihrer Vorbildung in kürzerer Zeit bis zur Hochschulreife fördern, gibt es auf deutschem Boden überhaupt nicht. Die Berliner Realschule ist eine völlig alleinstehende Ausnahme.

Das ist ein so unmöglicher und unglaublicher Zustand, daß ich glaube, ein großer Teil der hier Anwesenden wird sich dessen noch niemals bewußt geworden sein. Sie werden ohne weiteres zugeben, daß dadurch eine Unmasse von tüchtigen jungen Menschen, wenn sie auch noch nicht vierzehn, sondern erst dreizehn oder zwölf Jahre alt sind, um Jahre ihres Lebens einfach betrogen werden, und da es zumeist auch die ärmeren sind, die sich einen solchen Zusatz an Studienzeit nicht leisten können, damit von höherer Bildung überhaupt ausgeschlossen werden. In den Verfügungen unserer Schulbehörden wird auch ganz unbedenklich von „unzulässigem Zeitgewinn" gesprochen, wenn ein Schüler später Klassen überspringen und den Verlust einholen will.

Also es ist keine höhere Schule bei uns vorhanden, die für derartige ältere Kinder ohne Zeitverlust sich öffnet, die also diese Kinder auch bis zum Alter von 18 oder 19 Jahren ans Ziel fördert. Von den 6½ Millionen Volksschülern in Preußen leben nun volle 3 Millionen auf dem Lande, 1½ Millionen in den Kleinstädten und 2 Millionen in den Städten von 10 000 Einwohnern an aufwärts. Nur in den Städten von 10 000 Einwohnern an aufwärts sind im allgemeinen höhere Lehranstalten vorhanden. Es gibt ja einige kleinere Städte mit höheren Lehranstalten, aber man darf doch ohne Übertreibung sagen, daß reichlich 4 Millionen, also ⅔ unserer Kinder, in Orten aufwachsen, in denen keine höheren Lehranstalten sind, aus denen also die Kinder mit 6 Jahren, mindestens aber mit 9 Jahren aus dem Hause gegeben werden müssen, um eine höhere Schule besuchen zu können. Das können sich zwar vermögende Leute leisten, aber die ärmeren können das nicht, und deswegen müssen sie auf höhere Bildung für ihre Kinder ohne weiteres verzichten. Ich habe Ihnen gezeigt, daß die höheren Schulen die Leistungen der Volksschule in keinem Punkte anerkennen; was über die elementaren Kenntnisse hinausgeht, ist für sie nicht vorhanden — der Junge kommt in die Sexta.

Seit Jahrzehnten sprechen wir über Schulreformen. In den Jahren 1890 und 1900 ist viel geschrieben worden über ein paar lumpige lateinische oder griechische Stunden, als ob das Seelenheil davon abhinge. Keiner der Nächstbeteiligten hat aber bei all diesen Reformerörterungen an die großen breiten Massen unseres Volkes, an die 95% unserer Jugend, die in der Volksschule sitzen, auch nur mit einem Worte erinnert! Und selbst noch in den Erörterungen unserer Zeit: wie oft wurden da diese simplen Lehrplanfragen, mit denen wirklich kein Hund aus dem Ofen zu locken ist, immer und immer wieder erörtert; die große Volksfrage, nämlich die Volksschulfrage, kam dabei überhaupt nicht zur Besprechung. — Die Volksschule ist in die Schulreform überhaupt nicht einbezogen worden. Man ist in neuerer Zeit, dank der Weitsichtigkeit unserer Geheimräte im Kultusministerium, sogar dazu übergegangen, auch zwischen der Volksschule und der preußischen Mittelschule — in Süddeutschland heißen die höheren Lehranstalten Mittelschulen, in Preußen ist das eine zwischen Volksschule und den höheren Lehranstalten stehende Schule — auch da die Grenze noch schärfer zu ziehen, sodaß im allgemeinen die Kinder auch da mit dem sechsten oder mindestens mit dem neunten Lebensjahr eintreten müssen.

Bei unseren staatlichen und gemeindlichen Anstellungen, ja bei der Beschäftigung in gewerblichen und kaufmännischen Stellungen, ist man immer mehr dazu übergegangen, entweder das „Einjährige" zu fordern, oder wenigstens ein Mittelschulzeugnis, sodaß jeder, der nur Volksschulbildung

besaß, immer mehr von allen besseren Lebensstellungen ausgeschlossen wurde und sich nur durch außergewöhnliche berufliche Leistungen über die Schulmauern hinwegschwingen und zu einer Stellung, die ihn befriedigte, gelangen konnte. Das ist ein Unglück für uns. Wir Menschen müssen einen Beruf ausüben dürfen, der unserer Eigenart entspricht. Den Kopfmenschen, und wenn er im Rinnstein aufgewachsen ist, darf man nicht in den Steinbruch sperren, und den Faustmenschen mit zu kleinem Gehirn nicht zum Universitätsprofessor oder Regierungsrat machen! Man setzt sich über diese Tatsache, über das, was Mutter Natur vor aller Erziehung zur Erziehung gesagt hat, öfter recht leichtfertig hinweg. Unsere ganze Erziehung und unser öffentliches Schulwesen ist leider so angelegt, daß es hiervon keine Notiz nimmt.

Sie wissen, der größere Teil unserer höheren Schulen hat sog. Vorschulen. Das sind Vorbauten, die im ganzen den Zweck haben, einen Platz in der untersten, der sechsten Klasse zu sichern. Da wird das Kind mit dem sechsten Lebensjahr hineingeschickt mit der Bestimmung, unter allen Umständen sich eine höhere Bildung anzueignen, also z. B. das Gymnasium durchzumachen, wohl auch die Universität zu besuchen, ohne das untersucht wurde, ob das Kind für diesen Bildungsgang geeignet ist. Dadurch wird eine Zersplitterung schon in den ersten Unterricht hineingetragen, die geradezu unheilvoll ist. Denn in dem Augenblick, wo eine Schule erster Klasse vorhanden ist, ist jede andere zweiter oder auch dritter und vierter Klasse. In der Straßenbahn kann der noch so Anspruchsvolle ohne weiteres sitzen, in der dritten Klasse der Eisenbahn und gar in der vierten Klasse darf er seines Standes wegen nicht fahren. Dadurch, daß man eine derartige Elementarschule den höheren Schulen vorgesetzt hat, hat man die Volksschule in ihrem Elementarunterricht zu einer Schule zweiter, dritter oder vierter Klasse gestempelt, in die ein anspruchsvoller Mensch seine Kinder nicht schicken kann; dadurch hat man in die Schule etwas hineingetragen, was nicht hineingehört, nämlich Standesdünkel, Standesvorurteile und Schlimmeres. Freilich hat man die Vorschulen mit anderen Gründen zu rechtfertigen gesucht. Ich will sie nicht vortragen, sie sind so fadenscheinig, daß es nicht lohnt. Denn jeder gute Grundunterricht gibt heute die Grundlage für weitere geistige Arbeit, und es kommt nicht darauf an, daß die Kinder mit den lateinischen Namen für die Redeteile schon im ersten oder zweiten Schuljahr geplagt werden, oder daß diese oder jene Rechnungsarten bis zum Ueberdruß mit ihnen geübt werden; ist der Unterricht sonst gut, so gibt er die Grundlage für weitere geistige Arbeit, und so mechanisch ist unser Geist garnicht angelegt, daß derjenige, der von diesem etwas mehr und von anderem etwas weniger gelernt hat, aber die nötige geistige Kraft besitzt, sich nicht in alles, was an ihn herantritt, hineinfinden könnte. Im ganzen hat man diese ganze Einrichtung und auch den frühen Beginn des fremdsprachlichen Unterrichts nur deswegen getroffen, damit man die Kinder nach Standesunterschieden auseinanderbringen konnte. Die Vorschulen verschulden es, daß so viele Kinder in höhere Schulen hineinkommen, die nicht hineingehören, denn einmal in die Vorschule geschickt, sollen sie natürlich nicht zurück in eine andere Schule, und daß so viele, die in die höheren Schulen hineingehören, hier nicht mehr Platz finden.

Gegen diese Trennung der Jugend ist seit langem geschrieben und gesprochen worden; die Frage der Einheitsschule ist nicht eine Frage von heute. Sie ist im siebenzehnten Jahrhundert schon in geradezu genialer Weise

von Amos Comenius gelöst, später besonders von Fichte erörtert worden, und neuerdings hat sie der Deutsche Lehrerverein etwas deutlicher als bisher auf seine Fahne geschrieben. Es ist dem Deutschen Lehrerverein sehr verdacht worden, daß er im Jahre 1914 in einer von 8000 Lehrern besuchten Versammlung für die Einheitsschule sich aussprach, daß er eine einheitlich aufgebaute nationale Schule forderte, in der es Trennungen nach sozialen und konfessionellen Gesichspunkten nicht geben würde und die einen einheitlichen Lehrerstand zur Voraussetzung haben sollte. Das sind die wesentlichen Forderungen des Deutschen Lehrervereins in diesem Beschluß. Selbstverständlich geht dieser Beschluß von der Voraussetzung aus, daß die geistigen Güter, die Bildungsgüter, aller Jugend im Volke im gleichen Maße gehören, daß lediglich der Bildungswille und die Bildungsfähigkeit eine Grenze ziehen dürfen. Alle Trennung, die darüber hinausgeht, ist ein Vergehen an unserer Jugend. Wir schulden unserer gesamten Jugend volle körperliche und geistige Erziehung nach allen Richtungen hin, soweit ihre Fähigkeit und ihr Bildungswille das zulassen. Und der Beschluß des Lehrervereins hat die weitere Voraussetzung, daß unser Volk in seiner Bildung soweit vorgeschritten ist, daß wir eine Volkseinheit bilden, daß wir also nicht nötig haben, die Kinder aus den verschiedenen Häusern auseinander zu reißen, weil sie in ihrer häuslichen Erziehung, die Eltern in ihrer geistigen Verfassung nicht genügend gleichartig wären.

Der Beschluß des Deutschen Lehrervereins ist nach den verschiedensten Richtungen beanstandet worden. Man hat behauptet, die Lehrer wollten die höheren Schulen und die Universitäten noch mehr füllen, als es schon zur Zeit der Fall ist. Das hat den in Kiel versammelten Volksschullehrern ganz und gar ferngelegen. Die Hochachtung vor dem, was man gelehrtes Proletariat mit Recht nennt, ist in den Kreisen der Volksschullehrer garnicht so fürchterlich groß, daß sie sich die Mühe geben möchten, es noch zu vermehren; sie haben ja in ihrer Amtsführung hin und wieder so handgreifliche Proben davon erhalten, daß sie wirklich um eine bloße Vermehrung der höheren Schulen und des Universitätsbesuchs sich nicht bemühen würden. Der Beschluß besagt auch etwas ganz anderes: es handelt sich nicht darum, die höheren Schulen und die Universitäten stärker zu füllen, sondern darum, sie mit denjenigen zu füllen, die hineingehören. Und der Lehrerverein will nicht nur die geistig Begabten, die verstandesmäßig gut Veranlagten fördern, sondern alle Veranlagten, auch die rein praktisch Veranlagten, ja die erst recht; denn dessen ist sich ja jeder, der im Volke lebt, bewußt, daß die praktisch Veranlagten in unserem Schulwesen heute vernachlässigt sind, daß wir sie viel stärker fördern müssen, und daß wir auch da nach den Talenten suchen müssen, um sie zur rechten Zeit zu finden. Alles Utopische liegt diesem Beschluß also vollständig fern, vor allem auch die törichte Meinung, daß nun jedes Kind, barfüßig oder nicht barfüßig, ein geeigneter Anwärter für die höheren Schulen sei. Es heißt auch im Schulwesen: Jedem das Seine, jeder nach seinem Bildungswillen, jeder nach seiner Veranlagung. Und alles, was darüber hinausgeht, ist ja auch erfolglos. Die Einheitsschule, wie wir sie fordern, will nicht Einförmigkeit, wenn auch ein Berliner Hochschullehrer uns nachgesagt hat, wir wollten „Gleichmacherei" treiben. Wer von Erziehung nur etwas versteht, kann so Törichtes nicht wollen. Je erfolgreicher die Erziehung ist, um so mannigfacher wird die Jugend, um so mehr kommen die verschiedenen

Anlagen aus dem Einzelnen heraus, und Kinder, die sich bei Beginn eines Lehrgangs vielleicht im großen und ganzen nahestehen, sind, wenn in dem Lehrgang die Geister wirklich geweckt werden, am Ende viel verschiedener als vorher. Durch Erziehung erzeugt man nicht Gleichförmigkeit, sondern jene Mannigfaltigkeit, die den Reiz unserer Kultur ausmacht. Die Einheitsschule will, daß jedes Kind auf seiner Bildungsbahn an die Stelle gelangen kann, die seiner besonderen Eigenart entspricht. Wer einen tüchtigen Kopf hat, möge in die höhere Lehranstalt kommen, und wer technisch veranlagt ist, in die Fachschule und dort zu erfolgreicher Arbeit sich rüsten. Also der Beschluß verlangt organische Gliederung unseres ganzen Schulwesens, verlangt des weiteren Beseitigung aller sozialen Trennungen, die diese Gliederung stören. Und ebenso wird sie gestört durch die weitgehende konfessionelle Aufteilung unseres Schulwesens, die wir leider noch haben, und schließlich dadurch, daß wir unsern ganzen großen Lehrkörper nicht genügend ausnützen können, weil auch hier sinnlose Schranken gezogen sind.

Wir haben etwa 120 000 Lehrende in unseren Volksschulen, etwa 11 000 Lehrende in den höheren Lehranstalten. Es gehört nicht viel Nachdenken dazu, um zu dem Ergebnis zu kommen, daß sehr viele Lehrkräfte in der Volksschule stehen, die in höheren Schulen besser am Platz wären, und in den höheren Schulen manche, die in der Volksschule nicht ganz ausreichen würden. Es ist nicht richtig, daß man zwischen zwei sich so nahe stehenden Berufsgebieten eine solche Mauer zieht, wie sie heute besteht. Der heutige Volksschullehrer unterrichtet Kinder zwischen 6 und 14 Jahren in der Volksschule und dann die Fortbildungs- und Fachschüler vom 14. bis zum 18. Jahr. Aber seine seminarische Bildung reicht nicht aus, um einen Sextaner von 9 bis 10 Jahren regelrecht zu beschäftigen! Solche Dinge konnte man im alten Klassenstaat nur sehr schwer anrühren, heute ist es eigentlich wohl nicht mehr recht zweckmäßig, sie ernst zu bekämpfen, man kann sie nur noch lächerlich machen. Entweder diese eine Bildung, sagen wir die seminaristische, ist auch ausreichend für andere Schulen (ich will nicht etwa dagegen ankämpfen, daß sich Lehrer fachwissenschaftlich durch Universitätsstudien fortbilden, das sollen sie reichlich tun); oder sie taugt auch für die Volks- und Fortbildungsschulen nicht. Man denkt sich denselben Armeleutetisch in der Lehrerbildung und Lehrerbewertung, wie in der Volksschule überhaupt. Es sind nicht sachliche Unterschiede. Die Vorbildung der Volksschullehrer in ihren Seminarien hat sehr viele Vorzüge in Bezug auf die fachliche Ausbildung, die mag man anderen auch zuwenden, das würde garnichts schaden, im Gegenteil, es gehen teilweise recht wenig Gutvorbereitete in ihren Beruf hinein; und unter den 120 000 Lehrenden in den Volksschulen sind sehr viele wissenschaftliche Köpfe, die an anderer Stelle besser ausgenutzt werden könnten. Also die Forderung eines einheitlichen Lehrerstandes, in dem auch wirklich freie Bahn jedem Tüchtigen bis oben hinauf eröffnet wird, ist sicherlich nicht utopisch, sondern ergibt sich aus der Natur der hier wie dort gleichen Unterrichts- und Erziehungsarbeit ohne weiteres.

Das also sind die wesentlichen Forderungen der Einheitsschule. lebensvolle Verbindung aller Schulstufen miteinander, Aufstiegmöglichkeit für jeden, der Beine hat um aufzusteigen, bei den Schülern, wie bei den Lehrern. Wir wollen nicht für jedes Kind dasselbe Buch, dieselbe Bank, dasselbe Schulziel, sondern wir wollen

für jedes sein Buch, seine Bank, sein Schulziel, die Möglichkeit der Weiterfahrt und des Weiteraufsteigens für jeden, der aufsteigen kann.

Wenn das Schulwesen so angelegt wäre, würde es in unterrichtlicher Beziehung nach unseren Wünschen eingerichtet sein. Wenn also zum Beispiel jeder Volksschüler ohne Zeitverlust seine Ausbildung auf den höheren Schulen fortsetzen könnte, vorausgesetzt, daß er die Begabung dazu hat, dann würde in unterrichtlicher Beziehung nichts mehr zu wünschen sein. Aber die Schule ist nicht nur Unterrichtsanstalt, die Schule ist auch Erziehungsanstalt, und die Schule hat insbesondere auch für den Staat zu erziehen. Das empfinden wir in unseren Tagen jedenfalls etwas lebhafter als jemals. Und für den Staat kann nur die Schule erziehen, die so angelegt ist, wie der Staat nachher den Menschen verlangt. Sollen wir uns später als Bürger desselben Staates fühlen, als Gleichberechtigte, Gleichverpflichtete, sollen wir in dem Menschen, welchen Berufsstandes er auch sei, den Menschen sehen, der neben uns steht und nicht unter uns, dann müssen wir damit früh in der Jugend anfangen. Es geht nicht, daß wir den einen Jungen in eine Grundschule erster Klasse, einen anderen in eine Schule zweiter Klasse setzen. Wir dürfen die Kinder nicht nach dem Rock scheiden, sondern lediglich nach dem Kopf und dem Willen. Das darf der einzige Maßstab sein, den man auf der Schulbank anlegt, anderenfalls kann die staatsbürgerliche Aufgabe der Erziehung nicht gelöst werden. Darum geht es nicht, daß wir neben unserer Volksschule andere Grundschulen als öffentliche Anstalten noch dulden. Wir müssen alle unsere Vorschulen, die Unterklassen der höheren Mädchenschulen, die Unterklassen der Mittelschulen beseitigen. Es kann nicht gebilligt werden, daß der Staat hier das ABC für die im guten Rock Steckenden lehren läßt und dort dasselbe ABC für die im weniger guten Rock und schließlich an dritter Stelle das ABC für die im schlechten Rock. Das ist ein Maßstab, der aus unserem Jugendleben verschwinden muß, weil er im Staatsleben verschwinden muß. Seien Sie überzeugt, die Eindrücke der Jugend sind unauslöschlich. Wenn wir heute die Entwicklung der Verhältnisse in Süddeutschland so ganz anders sehen als bei uns im Norden, so ist das auch eine Folge der ganz anderen Schulverfassung. Bayern hat seit mehr als hundert Jahren die gemeinsame Grundschule, und Vorschulen und derartiges gibt es dort nicht.

Sie werden mich fragen, wie das Schulwesen nach diesen Grundsätzen im allgemeinen aufgebaut werden soll.

Den gemeinsamen Grundunterricht fordert man für verschieden lange Zeit, die einen durch drei Jahre hindurch, die anderen durch sechs, manche sogar durch acht Jahre. In Nordamerika dauert der gemeinsame Unterricht bis zur high school tatsächlich acht Jahre. Der Deutsche Lehrerverein sieht auf dem Standpunkt, daß im elften, zwölften Lebensjahr, wo die erste Entwicklungsstufe des Kindes abgeschlossen ist, wo die stärkere verstandesmäßige Betätigung beginnt, auch ein Schnitt gemacht werden müsse, und sagt: bis dahin soll die gemeinsame Grundschule gehen, die also für gewöhnliche Schüler sechs Jahre dauern würde. Wenn ein besonders Begabter diese Stufe in fünf Jahren durchläuft, so ist das kein Unglück. In früherer Zeit hat man nach dem Alter überhaupt nicht so ängstlich gefragt, wie heute. Es kann auch ein Siebzehnjähriger die Universität mit Vorteil besuchen, und mancher Einundzwanzigjährige ist immer noch nicht reif für die Hochschulbildung. Diese ängstliche Scheidung nach dem Alter sollte man nicht machen.

Nach der sechsstufigen Grundschule geht die große Menge der Schüler in die Bürgerschule, aus der der Übertritt ins Leben mit dem vierzehnten Jahre erfolgt, wo nun die Berufsausbildung durch Fach- und Fortbildungsschulen ergänzt wird. Der kleinere Teil geht in die Mittelschule, in der ein Kursus von drei Jahren vorgesehen ist. Das würde etwa die Stufe sein, die jetzt in unseren höheren Schulen die beiden Tertien und die Untersekunda darstellen. Mit 15 Jahren verlassen diejenigen Schüler, die sich dem kaufmännischen oder gewerblichen Leben zuwenden oder in eine Fachschule eintreten, die Mittelschule. Diejenigen, die eine höhere geistige Bildung sich aneignen wollen, treten mit 15 Jahren in die Oberschule ein, in die Stufe, die heute die Obersekunda und die beiden Primen bilden. Sie würden mit 18 Jahren dann auch vor den Pforten der Universität stehen.

Das ist eine sehr einfache Gliederung. Natürlich ist ein solcher Aufbau mehr oder weniger willkürlich, aber im großen und ganzen hat man dort, wo die Einheitsschule sich entwickelt hat, auch diese Gliederung eintreten lassen.

Daß mit der Einheitsschule natürlich noch manches andere verbunden ist – weitgehende Neuerungen im Lehrstoff —, kann ich hier im Vorbeigehen nicht erörtern. Wir werden sehr viel aus unseren Schulen hinauswerfen müssen, was wirklich nur noch trockener Gelehrtenwitz in ihnen festhält. Es ist nicht berechtigt, daß wir in Preußen allein hunderttausend Jungen zwingen, Griechisch zu lernen, und hundertfünfzigtausend Jungen zwingen, Latein zu lernen; der zehnte oder zwanzigste Teil reicht auch vollständig aus für diese Dinge. Sie lernen sehr viel nicht, was sie dringend notwendig hätten zu lernen! Aber diese Dinge kann ich im Vorbeigehen nicht erschöpfend erörtern.

An die sechsstufige Grundschule soll sich die Bürgerschule anschließen. Beide müssen natürlich in jedem einigermaßen ausreichenden Ort vorhanden sein. Die Kinder müssen im Elternhause bleiben können, solange es irgend möglich ist. Auch die zweite Stufe, die Mittelschule, kann in den kleinsten Städtchen mit 2000 Einwohnern, kann in größeren Landorten vorhanden sein. In Preußen würden wir rund 3000 derartige Mittelschulen haben können. Damit würden auch die kleineren Orte sämtlich versorgt sein, und die Kinder, die höherer Bildung zugeführt werden sollen, könnten bis zum 15. Lebensjahr im Elternhause oder doch in dessen allernächster Nähe bleiben. Oberschulen haben wir in Preußen zur Zeit für Knaben etwa 650 – etwas weniger als die Hälfte würden ausreichend sein. Sie können selbstverständlich nur in Verkehrsmittelpunkten und größeren Orten errichtet werden, um leicht erreicht zu werden, und mit ihnen müßten dann alle diejenigen Einrichtungen, Schülerheime usw., verbunden werden, die auch dem Ärmsten ihren Besuch ermöglichen.

Soll ein so aufgebautes einheitliches Schulwesen errichtet werden, so müssen natürlich alle sonstigen Trennungen, vor allem auch die konfessionellen Trennungen verschwinden. Hier in Groß-Berlin, in den Vororten, müssen so manche katholischen Schüler an drei oder vier Schulhäusern vorbeiwandern, um ihre Konfessionsschule zu erreichen. In schwach besiedelten Gegenden ist das ja noch viel schlimmer. Diese Dinge haben mit der Staatsschule nichts zu tun. Wir brauchen die bekenntnismäßigen Scheidungen im Schulunterricht nicht, da der Lehrstoff ja keine bekenntnismäßigen Zutaten zu enthalten braucht. Selbstverständlich muß der Einheitsschule vor allem auch eine einheitliche Vorbildung der Lehrer entsprechen.

Nun wird man mich fragen: „Ja, wie wollen Sie das nur machen, daß nun jedes Kind nach Maßgabe seiner Fähigkeit ausgebildet werden kann?“ Man hat immer wieder die Kostenfrage in den Vordergrund geschoben und gesagt: Das können wir nicht leisten. Etwas schlecht rechnende Leute haben herausgerechnet, daß die Kosten eine Milliarde betragen würden. Nun sind wir ja in diesem Kriege an die Milliarden gewöhnt worden, aber ich kann versichern, daß die Kosten außerordentlich viel geringer sind. Ich fordere selbstverständlich für alle Schulen, einschließlich der Hochschulen, volle Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Unterrichtsmittel. Aber das genügt für die Unbemittelten keineswegs, denn die Hauptkosten entstehen aus dem Lebensunterhalt, aus Nahrung, Kleidung und Wohnung. Deshalb fordere ich, und viele mit mir, volle Unentgeltlichkeit der Beköstigung, Bekleidung und Unterbringung aller für die betreffende höhere Lehrstufe begabten unbemittelten Kinder, so daß die wirtschaftlichen Hindernisse vollständig in Wegfall kommen. Wenn man das früher zum ersten Mal vor einer Versammlung aussprach, so begegnete man gewöhnlich großem Entsetzen, man fragte besorgt, wo das viele Geld herkommen sollte. Es kostet aber bei einer entsprechenden Ordnung des Schulwesens eigentlich garnichts. Sie werden mir in der Theorie ohne weiteres recht geben, daß ein geordnetes Schulwesen immer billiger sein muß als ein ungeordnetes. Ein Schulaufbau kann nicht so viel kosten als ein Schulwirrwarr, wie wir ihn heute haben. Erinnern Sie sich der Tatsache, daß wir in unseren höheren Knabenschulen in Preußen insgesamt 240 000 Schüler haben; in den Sexten sitzen 40 000 und noch mehr, und wir haben in der Regel nur etwa 9000 Reiflinge gehabt – also auf vier bis fünf Sextaner kommt heute nur ein Reifling. Daraus ergibt sich ohne weiteres, daß in unseren höheren Schulen sehr viele sitzen, die da nicht hingehören, die das Schulziel, das da gesteckt ist, nicht erreichen. Nicht der dritte Teil kommt bis an das Ende des Schulziels. Es ist also eine ganz wesentliche Ersparnis dadurch möglich, daß man diese Kinder an anderen Stellen unterrichtet.

Wie steht es nun aber überhaupt mit der Unentgeltlichkeit des Unterrichts? Unsere Volksschulen sind vollständig unentgeltlich, unsere Universitäten sind nahezu unentgeltlich – das weiß man bloß nicht. Im Jahre 1914 betrug der Haushalt unserer Universitäten 29,3 Millionen Mark. An Kollegiengeldern kamen ein 4,9 Millionen Mark, also nicht ganz 5 Millionen. Der Staat zahlte also aus seinen Mitteln oder aus Stiftungen, die auch der Oeffentlichkeit und der Allgemeinheit gehören, 24,4 Millionen dazu. Wenn von 29,3 Millionen die Oeffentlichkeit 24,4 Millionen trägt, kann sie die 4,9 Millionen auch noch tragen. Aber fragen Sie einmal einen normal gebauten, mit etwas gesellschaftlichen Vorurteilen behafteten Studenten oder eine solche Studentin, ob sie nicht alle der Meinung sind, daß sie „auf eigene Kosten“ studieren. Man kann recht vielen nachher im Leben begegnen, die sich auf ihr Studium „auf eigene Kosten“ sehr viel zu gute tun anderen weniger glücklichen Menschenkindern gegenüber.

Und die höheren Knabenschulen? Sie kosten uns heute 100 Millionen, das Schulgeld bringt 36 Millionen ein; 64 Millionen, also nahezu $^2/_3$, fließen aus staatlichen, gemeindlichen oder sonstigen öffentlichen Quellen. Von den 400 M., die durchschnittlich ein höherer Schüler kostet, zahlt er selbst 150 M., 250 M. fließen aus öffentlichen Mitteln. Also auch da sind wir von der Unentgeltlichkeit garnicht so weit entfernt. Die 36 Millionen bei den höheren

Schulen, und die 4,9 Millionen bei den Universitäten, zusammen etwa 40 Millionen, können wir auch noch aufbringen, um die volle Unentgeltlichkeit durchzuführen.

Aber wenn wir gleichzeitig die höheren Schulen von denjenigen entlassen, die nicht in sie hineingehören, würden wir sogar viel Geld sparen und damit den freien Unterhalt der Unbemittelten ganz decken können. In meiner Schrift „Die Einheitsschule" habe ich die Berechnung angestellt, daß die gesamte Oberschule für die 15 bis 18jährigen Knaben an Unterrichtsaufwendung 20 Millionen kosten würde, und wenn man die Hälfte der Schüler unterstützen würde, und zwar die eine Hälfte mit 400 M., was für volle Unterhaltung vor dem Kriege ausreichte, und die andere Hälfte mit 200 M., so würde eine weitere Ausgabe von 6 Millionen entstehen, zusammen 26 Millionen, und in den Mittelschulen, die ja sehr viel mehr Schüler enthalten, angenommen 120 000, würde Unterricht und Unterhalt 57 Millionen kosten, zusammen also 83 Millionen. Wir geben heute für dieselben Schüler in unseren höheren und mittleren Schulen 70 Millionen aus, also die vollständige Unterhaltung derjenigen, die bedürftig sind, und die Unterstützung derjenigen, bei denen Unterstützung wünschenswert ist, würde uns, wenn die Verhältnisse sachgemäß geregelt werden, 13 Millionen kosten. Darüber redet man ja, wenn man's will, kein Wort, und ich bin überzeugt, wenn wir die neue preußische Volksvertretung haben, dann wird darüber kein Wort mehr geredet, das wird einfach bewilligt werden.

Natürlich kann man nicht jedem Jungen, der die Liebenswürdigkeit hat, in der Schule lediglich die Bank drücken zu wollen, die Berechtigung geben, auf Staatskosten dort herumzusitzen. Dann wird dieselbe Untersuchung der Fähigkeiten und Leistungen, die man jetzt bei den sogenannten Begabtenschulen anstellt, überhaupt angestellt werden müssen, und das hätte man schon sehr lange tun müssen. Niemand hat das Recht, sich bloß Studierens halber in Universitäten aufzuhalten und dabei staatliche Aufwendungen in Anspruch zu nehmen. Will er das, mag er es auf eigene Kosten tun, aber ebenso muß es auch in den höheren Bildungsanstalten sein. Auf Staats- und Gemeindekosten sollten höhere Bildungsanstalten schon immer nicht anders besucht worden sein als nach dem Nachweis der Befähigung. Will es jemand auf eigene Kosten tun, so ist das seine Sache. Es ist nicht zu leugnen, daß außerordentlich viel Geld für diese Zwecke aufgewendet worden ist, ohne daß auf der anderen Seite der entsprechende Nutzen stand.

Die großen Kosten, die wir aus unserem Schulwesen zu erwarten haben, werden von ganz anderer Stelle kommen — daher, daß sich unser Volksschulwesen zu einem großen Teil noch in einer Verfassung befindet, in der wir es nicht lassen dürfen. Wir hatten 1911 6½ Millionen Volksschulkinder und hatten dafür 117 000 Lehrer und Lehrerinnen. Das heißt, auf den Lehrer kommen nahezu 60 Kinder — das ist zu viel, die können nicht ordentlich geschult werden. Würden sie sich gleichmäßig verteilen, so wäre darüber noch zu reden, aber vergegenwärtigen Sie sich, daß ganz regelrecht eingerichtete Schulen in den Unterklassen stärker, in den Oberklassen schwächer besucht sind, daß wir wer weiß wieviel tausend Landschulen haben, in denen ein Lehrer oft 120 bis 150 Kinder unterrichtet. Um dieses Schulelend zu beseitigen, ist ein schönes Stück Geld erforderlich. Anstelle der 117 000 Lehrer brauchen wir auch bei der bescheidensten Besserung unseres Volksschulwesens 160 000, nämlich auf je 40 Schüler einen Lehrer. Dann haben die Unterklassen immer noch 50 Schüler und

darüber, also ein Luxus ist auch das nicht. Es kostet aber natürlich ein paar hundert Millionen. Aber das muß man machen, ob man die Einheitsschule will oder nicht will. Mit der Einheitsschule hat das garnichts zu tun. Eine solche Kulturvernachlässigung in den breiten Schichten wird sich der Volksstaat nicht gefallen lassen können, denn das würde sein Ende bedeuten. Der Staat, wie er bisher war, handelte vielleicht folgerichtig, wenn er oben reichlich gab und unten wenig, vielleicht auch zu wenig — aber der Volksstaat wird sich zu anderen Grundsätzen bekennen müssen. Wir haben bisher für den Kopf der Volksschüler 65 M. ausgegeben, für den Kopf der höheren Schüler 400 M., davon wurden 150 M. Schulgeld gezahlt, 250 M. von Staat und Gemeinde. Also wir zahlten für jeden höheren Schüler das Vierfache, wie für jeden Volksschüler, und für jeden Studenten 1000 M., dazu zahlte der Student 150 M., wir zahlten also darauf je 850 M. Für die Studenten, die wirklich studiert haben, war das nicht zu viel, aber für die, die es nicht getan haben, war es reichlich!

Die Verpflegung und der Unterhalt werden, sachgemäß geordnet, wirklich nicht so teuer sein, das glaube ich auseinandergesetzt zu haben. Irgendwelche Bedenken in Bezug auf die Kosten kann also niemand gegen die Einheitsschule dieser Form einwenden. Trotzdem sind die Bedenken außerordentlich zahlreich. Ich will sie nicht ausführlich erörtern. Man behauptet, man könne die Kinder der Wohlhabenden mit den Kindern der Aermeren nicht zusammensetzen, das wäre eine sittliche Gefahr; auch wären die Kinder der Wohlhabenden durch ihre angeborene Begabung und durch ihr größeres Kulturerbe in ihrer Leistungsfähigkeit bedeutend voraus. Genaue Untersuchungen darüber ergeben allerdings folgendes: es wird gut erzogen in armen Häusern und in reichen Häusern und schlecht erzogen hier wie dort, und Dummköpfe kommen hier und da hin und wieder zur Welt — wie reichlich, das können wir hier nicht entscheiden, aber sie sind vorhanden! Der Unterschied ist nur, daß die Dummköpfe auf der einen Seite in die am weitesten führenden Bildungsanstalten ohne weiteres hineingebracht werden und sogar diejenigen, die in sittlicher Beziehung nicht immer ganz einwandfrei sind. Es läßt sich auch manches, was in unserem Volksleben nicht befriedigend ist, bessern. Aber ein ganz verkehrter Standpunkt ist es, daß man diejenigen, die häuslich nicht gut versorgt sind, nun auch schulisch noch schlecht versorgt. Gerade, wenn die Erziehung in unseren ärmeren Häusern schlecht wäre, wenn die Begabung dort durchweg geringer wäre, dann hätte man doch wenigstens — ich sehe von der Einheitsschule ganz ab — die Volksschule so gut wie möglich, die Klassen so klein wie möglich einrichten müssen, um diese Erziehungsmängel zu beseitigen. Aber tatsächlich ist das nicht so, unser Volksleben hat sich im ganzen so entwickelt, daß auch in ärmeren Häusern manche Kinder eine recht gute Erziehung erhalten, so daß man keinen Grund hat, die Kinder nach dieser Rücksicht zu trennen. Wenn man sie schon in den ersten Schuljahren trennen will, so kann das sicherlich nur so geschehen, wie der Stadtschulrat Sickinger in Mannheim vorgeschlagen hat, nach ihrer verschiedenen Leistungsfähigkeit. Wenn man sich immer darauf beruft, daß die wohlhabenden Häuser so große „Traditionswerte" den Kindern mitzugeben haben, so ist dem gegenüber zu stellen, daß auch das ärmere Haus, wenn es gut ist, bedeutende Traditionswerte übermittelt. Die Kinder der ärmeren Häuser müssen in der Regel von früh auf Pflichten erfüllen, sie werden in ihrem Willensleben ganz anders geschult als diejenigen, die nach den verschiedensten Richtungen hin verwöhnt werden.

Also das sind sicher keine Gründe, um die Kinder auseinander zu halten. Und noch viel weniger ist der Grund stichhaltig, wir wollten eine Zwangsauslese treffen und die Elternrechte vollständig aufheben. Wenn unsere höheren Schulen bisher vollständig in Ordnung gewesen wären, dann hätte man die „Zwangsauslese" auch schon durchführen müssen, denn für den höheren Unterricht eignet sich nur ein höher Begabter. Das ist auch an vielen Stellen geschehen. Wenn man an anderen Stellen hat fünf gerade sein lassen und den „Ballast", wie die Oberlehrer sich ausdrücken, in die Schulen aufgenommen hat, so ist das schon in der heutigen Schule ein Unrecht. Gewiß wird die Einheitsschule in dieser Beziehung strenger sein als die bisherige, aber sonst werden durch sie die Elternrechte nicht angetastet. Ich wenigstens stehe auf dem Standpunkt, daß neben den öffentlichen Schulen Privatschulen bestehen können, mit denen die daran Beteiligten machen können, was sie wollen, wenn nur das Mindestmaß erfüllt wird, das der Staat verlangt. Man denkt dabei auch nur immer – stillschweigend – an das Elternrecht der Wohlhabenden. Ja, wer hat bisher nach dem Elternrecht der Aermeren gefragt? Diese sind doch durch das bisherige Schulwesen so außerordentlich benachteiligt worden.

Tatsächlich ist ja die Familie neben der Schule der Haupterzieher, und kein hochentwickeltes Schulwesen darf die Familie unterschätzen. Wenn ein wohlhabender Mensch seine Kinder zu Hause gut erzieht und sie neben der Schule unterrichtet, so werden sie bei einigen Geistesgaben den anderen immer die Stange halten, ja, es wird für sie ein heilsamer Antrieb sein, wenn sie den Wettbewerb mit gutbegabten ärmeren Genossen aushalten müssen.

Man fürchtet vor allen Dingen auch, daß der Zudrang zu den höheren Berufen zu stark sein werde, daß aus ärmeren Kreisen zu viele nach oben kommen werden. Vergessen wir aber nicht, daß der Bedarf an Bildung in unserem deutschen Volk, wenigstens vor dem Kriege, außerordentlich gestiegen ist, sodaß für die Besetzung der höheren Berufsstellen sehr viel mehr Menschen erforderlich waren, als früher. Wie das nach dem Kriege sein wird, läßt sich heute noch nicht sagen. Jedenfalls ist die Tatsache zu verzeichnen, daß der Bruchteil der Personen mit höherer Bildung ungemein viel stärker gewachsen ist als der der Handarbeiter. Von 1882 bis 1907 stieg die Zahl der in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel beschäftigten Beamten von 300000 auf 1300000, also auf mehr als das Viersache, und die Zahl der in den freien Berufen Tätigen stieg in derselben Zeit von 840000 auf 1¾ Millionen, also auf mehr als das Doppelte. Es wurden außerordentlich viele Stellen neu geschaffen, und bei der geringen Vermehrung der wohlhabenden Bevölkerung brauchte man wirklich nicht so große Sorge zu haben, daß einem genügend Befähigten nicht die genügende Brotstelle bleiben würde. Daß aber ein ungenügend Befähigter solche Stellen erlangt, widerstreitet nicht nur dem öffentlichen Wohl, sondern auch dem persönlichen Wohl des Betreffenden. Sie können einen jungen Menschen niemals unglücklicher machen als dadurch, daß Sie ihn in einen Beruf hineinbringen, dem er nicht gewachsen ist. Es ist ein Unglück, daß wir so viele Unfähige in Stellungen haben, denen sie nicht gewachsen sind. Diese Menschen werden für sich nie glücklich, sie können deshalb auch keinen Glücklichen in ihrer Umgebung arbeiten sehen und arbeiten lassen. Wenn Sie in den verschiedenen Beamtenstellungen einmal herumfragen, werden Sie recht böse Dinge zu hören bekommen. Es ist auch nicht so, daß in Amerika, den nordischen Staaten, der Schweiz und Bayern, wo die allgemeine Volksschule

für jedermann besteht, — — der Zudrang zu diesen Berufen wesentlich größer wäre als bei uns.

Es wird des Weiteren gesagt, unsere Forderungen seien ja eigentlich schon erfüllt, und es wird angeführt, daß in den Vorschulen und in den höheren Schulen ja auch ärmere Kinder säßen. Das ist zweifellos richtig. Aber es sind Ausnahmen, und es sind nicht immer die Begabtesten. Wie hochnotpeinlich wird das einzelne Kind für die Begabtenschulen in Berlin durch drei Psychologen und so und so viele Lehrer geprüft, ob es die nötige Begabung hat. Natürlich ist es richtig, daß das geschieht. Aber fragen Sie, wo eine ähnliche Prüfung jemals angestellt wurde bei der Zulassung zu den bisherigen Schulen, die doch auch im wesentlichen auf öffentliche Kosten besucht werden und „Begabtenschulen" sein wollen. Wer das Schulgeld zahlen konnte, wurde aufgenommen, die begabte Armut blieb im allgemeinen draußen. Nein, das „freie Bahn jedem Tüchtigen" ist noch nicht erfüllt. Diese Forderung aber muß erfüllt werden, wenn wir zu glücklichen und gesunden Verhältnissen kommen wollen.

Die Einheitsschule, die ich Ihnen dargestellt habe, ist möglich. Daß Kosten nicht im Wege stehen, habe ich Ihnen nachgewiesen. Aber auch ihre innere Möglichkeit, ja innere Notwendigkeit ist keine Frage. Unser Volk ist nicht mehr das Volk der breiten unkultivierten Masse und einer dünnen gebildeten Oberschicht. Bildung und Gesittung reichen heute hinein bis in das letzte Arbeiterhaus, und ich wünschte, jeder wüßte, wie musterhaft so manche unserer Arbeiterfamilien lebt, und was für ein Bildungsleben und Bildungsstreben daraus folgt. Und dieser inneren Notwendigkeit, dieser Entwicklung in unserem Volksleben — muß unsere Schule Rechnung tragen. Diese Entwicklung zur Volkseinheit hat in der Schulentwicklung kein Gegenstück bisher, und das nachzuholen, ist eine der dringendsten Aufgaben des neuen Volksstaates.

Ich weiß wohl, in den Familien bestehen noch mancherlei Hindernisse. Das Stück Brot ist oft nicht groß genug. Machen wir es größer. Wir können das durch eine vernünftige Wirtschafts- und Lohnregelung. Lange genug habe ich mit anderen die Forderung vertreten, daß die Arbeiterlöhne und die Beamtenbesoldungen durch Erziehungsbeihilfen ergänzt werden müssen. Vor 25 Jahren bin ich ausgelacht worden, als ich diese Forderung vertrat. — Heute ist sie eine Weisheit der Gasse; bloß ausgeführt ist sie noch nicht. Die Not ist immer noch da am größten, wo das junge Volk aufwächst. Aber sehr viele erwerben mehr, als sie für ihre eigene Person verbrauchen können. Auch hier muß eine entsprechende Verteilung der Einkommen und Verdienste stattfinden, dann können wir dem jungen Volk im neuen Deutschland geben, was es braucht.

Diese Erziehung der ganzen Volksjugend bringt reife Früchte zur Entwicklung, die endlich einmal eingeerntet werden müssen. Und ich bin überzeugt, sie kommt, ja, sie kommt sehr schnell. Wir, die wir uns jahrzehntelang vergeblich darum bemüht haben, sehen endlich die Erfüllung kommen und unter den trübsten Verhältnissen, die sonst im Vaterlande herrschen, manchen Lichtstrahl durch das Dunkel flammen. Wir dürfen hoffen, daß wir diese Schulerziehung in absehbarer Zeit bekommen werden, und jeder wird von ihren Folgen befriedigt sein. Wir werden eine weniger vorurteilsvolle gesellschaftliche Zusammensetzung bekommen, man wird dem Menschen im schlechteren Kleide nicht mit denselben Vorurteilen begegnen, wie es bisher fast überall bei uns der Fall war. Wenn wir aber das Dienstbotengelaß aus unseren Schulhäusern nicht entfernen, dann können wir auch die gleiche

Auffassung und Einschätzung von dem Mitmenschen in unserem sonstigen Leben nicht erwarten.

In unserer Schule muß diese Umgestaltung zuerst beginnen. In Deutschland sitzen 12 Millionen junge Menschen auf den Schulbänken, davon über 10 Millionen in den Volksschulen. Lassen Sie mich einen harten Ausdruck gebrauchen: die Letzteren sitzen sozusagen im Konzentrationslager. Führen wir sie da heraus, brechen wir diese Zäune ab, lassen wir all die junge Kraft, die dort vorhanden ist, lassen wir sie frei, geben wir ihr die Entwicklungsfreiheit, und wir werden vielleicht über alles Schwere, was uns heute drückt, hinwegkommen. In unserem Schulwesen muß vom letzten Heidedorf bis zur Universität der Weltstadt ein Schienennetz gelegt werden, so daß jeder die Straße findet, auf der er vorwärts und aufwärts kann. Das muß der neue Staat bringen. Tut er es nicht, dann wird der Volksstaat kein Erziehungsstaat, dann wird dieser Volksstaat auch nicht bestehen können.

Für den Volksstaat ist Erziehung Sein oder Nichtsein! Und wenn die heutige Versammlung dazu beiträgt, in all denjenigen, welcher Partei sie auch angehören, die nun bauen wollen, die Überzeugung zu stärken, daß in der Erziehung der Jugend, nicht in der Erziehung dieses oder jenes, sondern aller, der ganzen Jugend, die Zukunft des neuen Staates liegt — wenn wir diese Überzeugung hier befestigt haben, dann sind wir nicht umsonst zusammengekommen. Ich trete hier mit der Überzeugung weg, daß wir diese Schule sehr bald bekommen, daß das letzte Kind, daß das ärmste Kind, das etwas hat, das etwas will, sehr bald auch Gelegenheit finden wird, seine Kraft voll zu entwickeln, sich selbst zur Freude und zum Glück der Allgemeinheit, unserem ganzen Volk zum Segen!

Die

Arbeitsgemeinschaft

für staatsbürgerliche und wirtschaftliche Bildung

will auf streng sachlicher Grundlage und in engster Fühlung mit den Forderungen der Zeit durch Wort und Schrift in volkstümlicher Art staatsbürgerliche Gesinnung und wirtschaftliche Bildung in alle Schichten des deutschen Volkes tragen.

Druck: Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche und wirtschaftliche Bildung, Berlin W.